
Ulrike Köpp

Karl Kneschke und die Beweggründe zum Kulturbund für demokratische Erneuerung Deutschlands

Die Denkschrift eines Arztes. – Im ehemaligen Herrenhaus in der Jägerstraße in Ostberlin ging im Mai 1951 eine Denkschrift zu »Struktur und Ziel einer Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Lebensweise des Kulturbundes Plauen« ein. Ihr Verfasser, der Arzt Dr. Herwarth Burger aus der Stadt im Vogtland, hatte sie auf den Kopfbögen seiner Arztpraxis entwickelt, und zwar auf deren Rückseite, was nur heißen konnte, dass er sie nicht mehr brauchte. Papier war knapp, auch Behörden verwendeten Makulatur gewordene Formulare aus der NS-Zeit. In Burgers Fall hieß es aber wohl, dass er seine Praxis hatte aufgeben müssen. Und der Mann scheute sich also auch nicht, sich damit zu erkennen zu geben. Ja, der Adressat, die Zentrale des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, sollte offenbar wissen, dass der Arzt zu denen gehörte, die wegen ihrer NS-Vergangenheit ihre Approbation verloren hatten. Denn Kommunisten und Konservative, bürgerliche Wissenschaftler und Literaten hatten den Bund im Sommer 1945 gemeinsam gegründet, um gerade auch ehemalige Anhänger und Mitläufer der Nazis, eben Leute wie Burger, für den kulturellen Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes zu gewinnen.

Burger begann seine Denkschrift mit einer Diagnose der Zeit. Ihn besorgte eine »naturwidrig-überkippte Zivilisation«, wofür ihm Indiz die Zahl der an Krebs Erkrankten und Gestorbenen war. Er sah »aus der Bahn geworfene Menschen«, Opfer »größter Unordnung in allen Lebensabläufen«.¹ Burger berief sich auf den Ordnungsgedanken von Max Bircher-Benner, mit ihm mahnte er: »Jede Krankheit ist ein Ruf zur Ordnung!« Der namhafte Schweizer Arzt hatte aus jahrzehntelanger praktischer Erfahrung heraus eine anerkannte Ernährungsphysiologie entwickelt und geschlussfolgert: »Wir müssen Krankheiten verhüten, dann brauchen wir keine zu heilen.« Bircher-Benner wiederum hatte sich mit seinem Insistieren auf die Balance zwischen innerer Ordnung des Menschen und seiner Umwelt auf Sebastian Kneipp und dessen Naturheilverfahren gestützt. Burger wollte »gesunde Menschen schaffen«, sie schienen ihm das »natürlichste Mittel zur Verhütung aller Seuchen, auch der größten des Krieges – der Ausgeburt ungesunden Denkens – höchsten Wahnsinns – größter Unordnung«. Was Burger Denkschrift nannte, erscheint als ein Maßnahmeplan für Gesundheitsprophylaxe. Ein Touristenhaus bei Plauen wollte er in eine Tagesstätte für naturgemäße

Lebensweise umwandeln: mit einer Reformgaststätte, mit finnischer Sauna, einer Hallenhöhensonne, einer Atemschule mit Sonnen- und Luftbad, einer Bücherei für naturgemäße Lebensweise. Dabei vertraute er auf die altbewährten Kneipp-Kuren wie auf neuere Einsichten in die Sinneswahrnehmung des Menschen. Seine Vorschläge zu stützen, berief Burger sich auf große Geister der Geschichte wie Demokrit und Hippokrates, Goethe und Virchow. Und er bezog sich nicht zuletzt auf den Gründungskonsens des Kulturbundes, wenn er über die Ursachen des Krieges aufklären wollte, um neue Kriege zu verhindern.

Burgers Denkschrift lässt sich unschwer lesen als Versuch, einen Ausweg aus eigener Lebenskrise zu finden. Der 1901 Geborene war keiner der originären Lebensreformer, keiner von den Wandervögeln, die in ihrer Jugend mit Klampfe und offenem Kragen ins Freie gezogen waren. Aber genau wie sie hatte er Krisenerfahrungen verarbeitet, suchte er dem Unbehagen an gesellschaftlichen Verhältnissen und den eigenen Lebensbedingungen mit einer Selbstreform des Individuums zu begegnen. Weltkrieg und gesellschaftlicher Zusammenbruch 1945 hatten den Arzt erschüttert und aus der Bahn geworfen. Schon als Student 1925 in die NSDAP eingetreten, galt er als ein »Hauptschuldiger« an den Verbrechen des Nazis. Burger war in jugendlicher Begeisterung deren Heilsversprechen erlegen, hatte dann allerdings gerade mal drei Monate Parteibeitrag gezahlt. Aber gleich 1933 ließ er seine Mitgliedschaft erneuern, was ihm die Entnazifizierungskommission als Vorteilsnahme auslegte. Sie lastete Burger an, dass er sich von seiner Frau jüdischer Herkunft aus »rassischen Gründen« hatte scheiden lassen; dies tat er aber erst, als die Nazizeit vorbei war. Die Entnazifizierungskommission wollte den Arzt offenbar partout nicht von schwerer Schuld freisprechen und setzte sich auch über polizeiliche Ermittlungsberichte hinweg, die keine Anklage gegen Burger zugelassen hatten.²

Der Arzt mochte sich vom Schicksal geschlagen fühlen. Er hatte seine bürgerliche Existenz verloren und suchte eine neue Balance für sein Leben. Er verdiente sich sein Brot als Markthelfer, beschäftigte sich nebenher mit alternativen Heilmethoden und entdeckte eine der lebensreformerischen Gewissheiten für sich, dass die Menschen, wenn sie nur gesund lebten und sich vegetarisch ernährten, auch selbst friedliche Wesen würden und die ganze Welt zu einer friedlichen machten. Warum Burger nicht den (Aus-)Weg über die nahe Grenze nach Bayern nahm, lässt sich nicht mehr sagen. Eigensinnig jedenfalls ließ er sich auf die Gesellschaft der sowjetischen Besatzungszone und dann der DDR ein. Er war leitender Arzt in einem Flüchtlingslager, entzog sich dann aber der Verpflichtung zur Arbeit in der Wismut mit dem Hinweis, dass er sich von der Schulmedizin losgesagt habe. Nach hartnäckigen, aber vergeblichen Versuchen, seine Approbation vor Ablauf der Strafe wiederzuerlangen, besann er sich auf den Kulturbund, um seine naturheilkundliche Passion zu verwirklichen. Er knüpfte in seiner Denkschrift an die politischen Kampagnen der SED an und

schlug in Anlehnung an die Ausrufung der Stadt Zwickau zur »Stadt des Zweijahrplans« vor, das benachbarte Plauen zur »Stadt der Gesundheit« zu machen. Er plädierte für die Einrichtung von Volksgesundheitshäusern. Die Idee kannte er von Bircher-Benner; in Plauen sah er schon 1948 eine erste, auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration eingerichtete Poliklinik.

Herwarth Burger beschloss seine Denkschrift mit der allgegenwärtigen Losung: »Es lebe der FRIEDEN!« Aber liest man, wie er in Gedanken in die Umgebung Plauens schweifend vorschlägt, im Syrtal »zum Ziele der Gemeinschaft« eine Tagesstätte für naturgemäße Lebensweise einzurichten oder eine Kneipp-Kuranlage, wo sich aus der Altensalzer Quelle trinken ließe, dann ahnt man, der Arzt war wohl einfach im Vogtländischen beheimatet.

Ein Organisationssekretär im Dienst des kulturellen Wiederaufbaus. – Der Mann, der im Bundessekretariat des Kulturbundes in Berlin Burgers Denkschrift auf den Schreibtisch bekam, der Sekretär für Organisation Karl Kneschke, er gehörte zu denen, die ihre Heimat verloren hatten. Der 1898 als Sohn eines Tuchmachers in Kratzau geborene Kommunist war 1938 ins Exil nach Großbritannien gezwungen. Als ihm nach dem Krieg die Rückkehr nach Böhmen verwehrt war, schickte ihn seine Partei nach Deutschland, in die sowjetische Besatzungszone. Dort gewann ihn 1946 Johannes R. Becher, der Präsident des Kulturbundes, zur Mitarbeit. Kneschke entschied sich für den Landessekretär des Sächsischen Kulturbundes, in Dresden hatte er Verwandte und war seiner fernen Heimat tröstlich nahe. Bis man ihn dann 1950 nach Berlin holte.

So waren Kneschke die Gefilde auch vertraut, aus denen ihn die Denkschrift des Dr. Burger erreichte. Und dass der Arzt sich an den Kulturbund wandte, war ganz im Sinne seiner Gründer: Der Kulturbund warb um Künstler und Wissenschaftler, Ärzte und Ingenieure für den kulturellen Wiederaufbau des Landes, ungeachtet ihrer weltanschaulichen und politischen Positionen, so sie sich nur Humanismus und Demokratie verpflichtet wollten. Wiewohl auf Initiative von Kommunisten gegründet, konnten sich auch bürgerliche Politiker, Künstler und Wissenschaftler dem Kulturbund nicht verschließen, zwang die Katastrophe, in die der Nationalsozialismus Deutschland und die Welt gestürzt hatte, doch zu politischer Umkehr und Neuanfang. Der Kulturbund war »politisch-moralische Anstalt«.³ Er wollte »Licht bringen [...] in die furchtbare Finsternis, die uns Hitler hinterlassen hat« und »die Millionen Verzweifelten nicht ihrer Verzweiflung« überlassen.⁴ Und tatsächlich wurde er auch rasch zur Zuflucht und Gelegenheit für Menschen, die ihren Lebensfaden neu zu knüpfen suchten.

Der Komponist Rudolf Wagner-Régeny erlebte im Mecklenburgischen, wo er Zuflucht vorm Krieg gefunden hatte, ein erstes Konzert im geheizten Raum, das ihm seine bürgerliche Würde zurückgab und neuen Lebensmut machte. Der Kulturbund engagierte ihn für Vorträge über Musik.

In der Kunstkommission des Kulturbundes in Berlin hielt der Architekt Max Taut die Zeit für gekommen, endlich, am besten mit einer Zeitschrift, gegen Kitsch zu kämpfen.

In Demmin beteiligte sich der Fotograf Bruno Heiser an der »I. Lichtbildwandausstellung Photographik in Mecklenburg« des Landesverbandes des Kulturbundes. So erwarb sich der ehemalige NSDAP-Stadtverordnete die Zugehörigkeit zur antifaschistischen Nachkriegsordnung.

Im Sommer 1946 verbrachte der Leiter der Dresdner Kulturbundgruppe Victor Klemperer einen ersten, wenn auch freudlosen Urlaub in Ahrenshoop. Das Wetter war schlecht und der deutsche Jude sah in den Menschen, denen er begegnete, die Nazis, die sie gerade noch gewesen und die ihm das Leben zur Hölle gemacht hatten.

Kurz, der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands bot den Rahmen, in dem sich eine zusammengebrochene Gesellschaft neu konstituierte. Unerwartet drängten in den Bund auch Vereine und Interessengemeinschaften, bot er ihnen doch juristische Legitimation und die Möglichkeit, ihr Vereinsvermögen zu retten. Präsident Becher sorgte sich, der Kulturbund drohe vor allem in der Provinz zu »Kulturvereinen zu entarten«, wo »wir doch eine deutsche Reinigungsbewegung sein wollten«.⁵ In den Städten wiederum gab es Menschen, die sich von einer Mitgliedschaft höhere Lebensmittelrationen oder ein demokratisches Alibi versprochen. Der Sozialdemokrat Will Grohmann, Kunstkritiker und Mitbegründer des Bundes in Dresden, beobachtete: »Alles, was nicht unterkommen kann, kriecht im Kulturbund unter und vermehrt den Wirrwarr«;⁶ er selber freilich hielt sich bedeckt über sein Tun und Lassen in den Jahren 1933 bis 1945. In Berlin notierte der Publizist Kurt Stern, den seine Partei, die SED, zur Mitarbeit in den Kulturbund geschickt hatte, im Herbst 1946 in sein Tagebuch: »Mein Eindruck: eine Riesenorganisation, die überhaupt nicht kontrolliert ist«.⁷ Dies war die Perspektive des Kommunisten, der Nazideutschland verlassen hatte und nun, zurück aus dem Exil, sich der Masse der Deutschen gegenüber sah, die Hitler gefolgt und das NS-System mitgetragen hatten. Und Distanz und Misstrauen der Kommunisten und Antifaschisten wurden nur genährt und bestärkt, wo ihnen, die mit der sowjetischen Besatzungsmacht gekommen waren, Ablehnung und Feindseligkeit aus der Bevölkerung entgegenschlugen.

Nicht anders erlebte es Karl Kneschke in Sachsen. Gerade hier gab es traditionell ein besonders dichtes Geflecht von Heimatschutz- und Naturpflegevereinen, Wald-, Gebirgs- und Wandervereinen, von bürgerlichen Kunst- und Geschichtsvereinen. Die waren für den SED-Kulturpolitiker natürlich eine Herausforderung, denn wer es nach 1945 ernst nahm mit der Auseinandersetzung um die Kriegsschuld der Deutschen, der kam um die Mitschuld der in diesen Vereinen gepflegten Rassen- und Heimatideologie an der Eroberungspolitik des Naziregimes nicht herum. Natürlich hatten die Besatzungsmächte nahezu

sämtliche Vereine zunächst auch verboten, sodass Parteifunktionäre wie Kommunalpolitiker nach neuen Strukturen suchen mussten. In Dresden und Berlin etwa wurde bei den Kulturämtern eine Abteilung »Neues Leben« eingerichtet. Die Vorstellung, hier die Kulturvereine anzubinden, wurde allerdings bald als undemokratisch verworfen. So ging von Sachsen schließlich der Anlauf zu einem Vereinsgesetz für Ostdeutschland aus. Der wurde jedoch konterkariert durch die in der SED herrschende Besorgnis, gerade die ideologisch belasteten Vereine könnten Kristallisationsorte für restaurative Bestrebungen werden. In dieser Situation bot sich der Kulturbund – da er nun einmal eine von der Besatzungsmacht zugelassene Organisation war und sich schon zu einer Fluchtburg biografischer Neuanfänge gemausert hatte – auch der SED als Rahmen für die politische Beeinflussung und Überwachung an. Der Parteivorstand sorgte dafür, dass die Deutsche Wirtschaftskommission im Januar 1949 die »Verordnung zur Überführung der Volkskunstgruppen und volksbildenden Vereine in die bestehenden demokratischen Massenorganisationen« erließ.⁸ Die erzwang die Auflösung der diversen Kulturvereine und den Eintritt der Mitglieder, die von ihrer Vereinsbindung ja nicht lassen wollten, in den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Damit war dessen Dilemma zwischen einer Organisation für Künstler und Intellektuelle und einer kulturellen Massenorganisation festgezurr.

Die Männer im Präsidialrat, einem ausgesucht repräsentativen Gremium, fühlten sich von der Verordnung überrumpelt. Anders die Landessekretäre, sie waren ja längst von der Macht des Faktischen zum Handeln gezwungen und hatten sich bemüht, den disparaten Vereinen eine Struktur zu geben. Karl Kneschke hatte in Sachsen mit dem Aufbau einer Arbeitsgemeinschaft für Natur- und Heimatfreunde begonnen. Mit dem Namen schloss er die historisch gegebenen Vereine ein und reagierte zugleich auf die große Not der Zeit, die Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, die ihre Heimat verloren hatten. Aus allen Landesorganisationen kamen die Hinweise auf die seelische Verlorenheit der Umsiedler und das Drängen, der Kulturbund müsse sich ihrer annehmen. Ostdeutschland war eine Durchgangsgesellschaft, und wer von diesen heimatlos Gewordenen nicht bald eine neue Zuflucht fand, der wanderte weiter westwärts, aus welchen Gründen auch immer. Hinzu kam, dass seit 1948 in den westlichen Besatzungszonen Vertriebenenorganisationen zugelassen waren. Die Gründung der Natur- und Heimatfreunde war auch Kneschkes Versuch, diesen etwas entgegenzusetzen und den Flüchtlingen und Vertriebenen sozialen Halt in einer neuen Heimat zu geben. Mit dem Namen aber diktierte er auch seinen politischen Willen: Wer sich mit der Geschichte seiner Heimat befasste, sollte dies nur noch in einem freundschaftlichen Geist tun. Diesen Grundgedanken umkreiste Kneschke auf der Gründungskonferenz der Sächsischen Natur- und Heimatfreunde im März 1950 in Bautzen: »Wer seine Heimat liebt, wird anerkennen, daß es andere

Menschen in anderen Ländern gibt, die gleichfalls ihre Heimat lieben.«⁹ Es war der Ton, den auch Bertolt Brecht mit seiner Kinderhymne *Anmut sparet nicht noch Mühe* anstimmte: »Daß ein gutes Deutschland blühe/ Wie ein andres gutes Land/ Iundl die Völker nicht erleichen/ wie vor einer Räuberin«.

Wie Karl Kneschke in Sachsen pragmatisch, politisch illusionslos und doch offen gegenüber den alten Heimat-, Geschichts- und Kulturvereinen deren Vielzahl zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefasst hatte, das überzeugte in der Bundesleitung. Zudem schärfte die Gründung der DDR im Oktober 1949 bei den Akteuren auch den Blick für das Provisorische, das repräsentativ Tönerne der »moralischen Anstalt« Kulturbund. Im Frühjahr 1950 rebellierten die Landessekretäre denn auch gegen die Erwartung in der Bundeszentrale, die Mitglieder engagierten sich fortgesetzt für Wahlen und Friedenspropaganda – und besaßen nicht mal ein Fahrrad für ihre Werbezüge über Land. Im Sommer schließlich holten die Genossen Kneschke als Bundessekretär nach Berlin. Noch den Protokollen der Sekretärsberatungen merkt man an, dass da einer war, der ohne Umschweife Probleme benannte, deren Lösung einforderte und oft gleich die praktischen Vorschläge dazu machte. Er hatte auch schon insistiert, wenn denn die Vereine in den Kulturbund genötigt würden, so müsse er diesen auch etwas bieten, und wenn es eine Zeitung für ihre Interessen sei. So ließ man Kneschke also die Struktur der Arbeitsgemeinschaften der Natur- und Heimatfreunde auf den gesamten Kulturbund übertragen. Indem aber die Vielfalt der Vereine programmatisch unter dessen Dach gezwungen wurde, legitimierte der Bund paradoxerweise die differenzierten kulturellen Interessen seiner Mitglieder und gab ihnen ihren Raum.

Neue Heimat Kulturbund. – Auf der ersten Zentralen Konferenz der Natur- und Heimatfreunde im November 1950 in Dresden ging Kneschke wieder offen auf die Menschen ein, die aus ihrer Heimat vertrieben worden, und diesmal warf er auch die ihn bedrängenden eigenen Erfahrungen in die Waagschale: »Auch ich habe meine alte Heimat verloren, auch ich liebe das [...] Isergebirge«. ¹⁰ Seit im August 1950 in Westdeutschland die »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« verkündet worden war, hatte das Thema an politischer Brisanz noch gewonnen: Die Charta sagte nichts zu den Ursachen des Zweiten Weltkrieges und verweigerte mit dem »Recht auf Heimat« die Anerkennung der Nachkriegsordnung in Europa. Für Kneschke aber waren die Liebe zur Heimat wie die Anerkennung der Nachkriegsordnung gleichermaßen eine politische Frage.

Mit der Autorität des Bundessekretärs vertrat er nun den gesellschaftspolitischen Anspruch, den er schon in Bautzen für die Natur- und Heimatfreunde formuliert hatte: »Wir wollen mitreden, mitberaten, mittun«¹¹, ob nun beim Naturschutz und der Denkmalpflege oder bei der Heimatgeschichtsschreibung. Dabei knüpfte Kneschke dezidiert an die Praxis der Heimatschutzbewegung wie

auch der bürgerlichen Geschichtsvereine mit ihrem Anspruch auf Volkserziehung an. Entschieden aber forderte er, dass von nun an nicht mehr nur die Lehrer von oben herab das Volk aufklären sollten, sondern dass Wissenschaftler und Laien bei den Natur- und Heimatfreunden zusammenarbeiten. Getrieben von der Erfahrung sozialer Ausgrenzung beharrte er auf der demokratischen Öffnung der Wissenschaften für alle sozialen Schichten: »Wir müssen die künstliche Mauer niederreißen, die die Intellektuellen von den Arbeitern, Bauern und Handwerkern trennt. Der Wissenschaftler und der Künstler soll vom Volke verstanden werden. Er soll eine Sprache sprechen, die dies möglich macht. Die Tatsache, daß bisherige Privilegien Einzelnen den Vorzug geben, Wissen und Können zu erwerben und anzuhäufen, verpflichtet um so mehr, dem Volke zu helfen, die materielle und geistige Not zu überwinden [...] Der Born der Wissenschaften und Künste muß für alle Dürstenden geöffnet werden.«¹²

Tatsächlich wirkten von Beginn an Wissenschaftler bei den Natur- und Heimatfreunden mit, ob aus politischer Überzeugung oder Opportunität, sei dahingestellt. Ja, sie drängten selbst auf eine Nutzung des Potenzials der traditionellen Heimat- und Geschichtsvereine, wie etwa der Historiker Heinz Knorr. Mehr noch, als Landeskonservator in Sachsen-Anhalt benutzte Knorr den Kulturbund, um beim Volksbildungsministerium in Berlin Aufmerksamkeit für das verwaiste, vernachlässigte Erbe der Heimat- und Regionalmuseen zu finden und sein Museumskonzept durchzusetzen. Er nahm also über den Kulturbund neuen Anlauf zu wissenschaftlicher Karriere, und da war er nicht der einzige.

Wie Dr. Burger sich mit seiner Denkschrift an den Kulturbund in Berlin wandte und wie Bundessekretär Kneschke seine, nun von der Parteiführung bestätigten Ordnungsvorstellungen dem Ordnungsgedanken des Arztes entgensetzte, dieser Vorgang lässt sich als Sinnbild nehmen. Die aus dem Exil, aus der Fremde zurückgekommen waren, hatten jetzt das Sagen gegenüber jenen, die nicht vermocht hatten, das Naziregime abzuwerfen. In das Bild gehört auch Victor Klemperer. Er hatte in Dresden Anfang 1946 auf den »sudetendeutschen Hauptsekretär« gewartet, den die Berliner Zentrale zu schicken versprochen. Der bürgerliche Wissenschaftler, entschlossen, den Deutschen die nationalsozialistische Ideologie auszutreiben und mit dem Kulturbund eine humanistische Weltanschauung zu propagieren, brauchte den Arbeiterfunktionär, um im Sächsischen Landesverband organisatorisch »das Chaos zu lichten«.¹³

Bevor Kneschke auf Burgers Schreiben antwortete, erkundigte er sich in Plauen nach der Angelegenheit mit der »Denkschrift zu einer Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Lebensweise« und erfuhr von der Kreissekretärin, dass es wohl Bestrebungen zur Gründung einer solchen gegeben, man gemäß dem Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz jedoch davon abgesehen habe. Die Ortsgruppe des Kulturbundes habe den Dr. Burger aber zu einem Vortrag mit Diskussion einladen wollen. Davon wiederum hatte der Amtsarzt abgeraten, weil

die Ärzteschaft in Plauen den Kollegen ablehne. Er vertrete auch »teilweise sehr eigenartige Ansichten«, etwa »Krankheitsvorbeugung durch Farbeinflüsse«.¹⁴

Damit hätte Bundessekretär Kneschke die Sache im Grunde bewenden lassen können. Tatsächlich hatte er gerade auf der Landesdelegiertenkonferenz im April den Ausschluss der lebensreformerischen Gruppen, der »Rohköstler«, durchgesetzt und konnte also zufrieden sein, dass die Kreisorganisation Plauen seiner Orientierung gefolgt war. Aber freundlich wandte er sich dem Dr. Burger zu: »Sie wollen die Welt verbessern und sagen, eine naturgemäße und gesunde Lebensweise verhindert den Krieg«. Und setzte sogleich entschieden seine politische Gewissheit dagegen, dass Kriege keine natürliche Erscheinung seien, sondern eine gesellschaftliche. Ja, Kneschke hielt Burgers Auffassung sogar für gefährlich, weil sie die Menschen von den wirklichen Ursachen des Krieges ablenke, weshalb man sie auch im Kulturbund nicht dulden werde. So grundsätzlich Kneschkes politische Zurückweisung, so verbindlich wiederum nahm er einzelne Vorschläge des Arztes an. Wenn er auch Naturheilkunde angesichts des medizinischen Fortschritts als einen Irrweg ansah, so hielt er doch Kindertagesstätten mit Kneipp'schen Kuranwendungen und Reformgaststätten für durchaus praktikabel. Um allerdings sofort einzuwenden, dass solche Einrichtungen doch immer nur »einem geringen Teil unserer Menschen« zugute kämen.¹⁵ Hier machte Kneschke seine gesellschaftlichen Vorstellungen geltend, wonach der Staat für die Gesundheit aller Menschen zu sorgen, zum mindesten die Grundlagen dafür zu garantieren habe. Und die Nachkriegsjahre hielten eben auch reichlich Nahrung für eine so grundsätzliche Argumentation bereit. Dies erhellt etwa ein Vortrag über »Wasser und Gesundheit« im Rahmen der Gesundheitswoche des Kulturbundes 1952, in dem der Referent Johannes Kathe über die vielfältigen Gesundheitsgefährdungen durch verunreinigtes Trinkwasser sprach. Wo in dem vom Krieg gezeichneten Land die Sorge um sauberes Trinkwasser waltete, wo viele Leute nicht mal fließendes Wasser hatten, da fand die Bedeutung von Bädern zur Heilung von Krankheiten nur am Rande Erwähnung.

Nichtsdestotrotz ist Kneschkes Argumentation Indiz dafür, dass Naturheilverfahren, dass die Heilkraft von Sonne, Wasser und Luft, Allgemeingut waren. Nachhaltiger freilich prägten seine biografischen Erfahrungen die gesellschaftspolitischen Überzeugungen des Bundessekretärs. Seit seinen Kindertagen in einer Arbeiterfamilie musste er sich mit materieller Not und Entbehrungen, mit sozialer Zurücksetzung und Kränkungen auseinandersetzen. Noch die Kränkung, dass das von ihm geliebte Mädchen einem Anderen, einem Angestellten, den Vorzug gegeben, die vergaß er nicht. Aber vor allem der Erste Weltkrieg und die Novemberrevolution 1918 waren die Ereignisse, die sein Denken und Handeln wie das seiner Generation bestimmten. Krieg und Frieden wurden ihm zum alles übergreifenden Thema auch in dem Sinne, dass seine Erfahrung ihn lehrte: Um den Frieden zu erhalten, muss der Kapitalismus überwunden werden.

Kneschkes Selbstbewusstsein und Eigensinn hatten sich mit den Organisationen seiner Klasse geformt, als Gewerkschaftsfunktionär, als Mitbegründer der Kommunistischen Partei in Böhmen. Als Sekretär des Tschechischen Arbeitersport- und Kulturverbandes etwa hatte er 1935 das große Arbeitermusikfest in Reichenberg organisiert, bei dem auch der Dichter Louis Fünberg mit seiner Agitpropgruppe und der Komponist Hanns Eisler als Dirigent mitmachten. Mit den Organisationen seiner Klasse hatte sich Kneschkes Gewissheit verfestigt, dass ihm als Angehörigem einer unteren sozialen Schicht allein die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse die Aussicht auf gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe verspricht. So letztlich auch erklärt sich sein Beharren auf der Unterordnung der Freizeitinteressen der Menschen unter politische Ziele, und das waren für ihn nun mal die Erhaltung des Friedens und die Entwicklung zum Sozialismus.

Das Individuum in der gesellschaftlichen Organisation. – Was zum Dogma der SED-Kulturpolitik wurde, rührte also keineswegs allein aus dem Sicherheits- und Überwachungsbedürfnis gegenüber einer antikommunistisch gestimmten Bevölkerung. Vielmehr war es einem Verständnis von Individuum und Gesellschaft geschuldet, das Kneschke mit den anderen kommunistischen Funktionären teilte. Aufschlussreich, wie er 1953 resümierte, dass es nicht gelungen war, den Kulturbund zu einer »umfassenden Organisation der Intelligenz« zu machen.¹⁶ Er begriff Gesellschaft als eine Organisation von Menschen. Ja, die SED behandelte die Gesellschaft als ihre Organisation.¹⁷

Der gesellschaftsverändernde Anspruch der Kommunisten prägte natürlich auch ihr individuelles Selbstverständnis: Kneschke und seinesgleichen fühlten sich persönlich zuständig für die Angelegenheiten der Gesellschaft wie die der ganzen Welt. Noch wenn er im Urlaub war wie etwa 1951 im Harz, schickte er Ferienbriefe an den *Sonntag*, die Wochenzeitung des Kulturbundes. Darin erzählt er vom Besuch einer Tropfsteinhöhle, mokiert sich über Höhlengeheimnisse, Legenden von Feen und Hexen, mit denen die Fremdenindustrie ihr Geld verdiene, und plädiert einmal mehr für naturwissenschaftliche Aufklärung. Oder er drängt auf seiner Reise bei der Sozialversicherung in Magdeburg darauf, dass das Kindererholungsheim im Harz Bettwäsche bekomme. Dass Kneschke sich auch um die Institution der Auftragskunst kümmerte oder in die sogenannte Formalismus-Debatte einmischte, kann hier nur erwähnt werden.

Aufschlussreich für die Sicht auf das Individuum ist die Vorstellung der Kulturkommission der Sächsischen SED-Landesorganisation 1948, das Kulturamt könne die Gründung einer Interessengruppe unterbinden, wo am Ort schon ein Verein mit dem gleichen Interesse existiere, der »noch vergrößert werden« könne.¹⁸ Das heißt, nicht die individuelle Betätigung, geschweige Selbstverwirklichung, wird positiv bewertet, sondern der sachliche Grund und gesellschaftliche

Zweck des Tuns. Dies erhellt auch ein Entwurf »zur Einordnung der literarischen, musikalischen, wissenschaftlichen und anderen Gruppen in den Kulturbund« vom Februar 1949: »Die neu gewonnenen Mitglieder der so übernommenen Gruppen führen ihre Interessentätigkeit als Arbeitsgemeinschaft« weiter.¹⁹ So aber formuliert nur einer, der nicht gewohnt war, sich einem Interesse mit Muße hinzugeben, sondern stets aus Pflicht handelte, selbst auferlegter oder im Auftrag seiner Partei. Und man kann davon ausgehen, Kneschke hat hier mitformuliert. Gelegentlich sprach er auch von Vereinen nützlichen Charakters.

Tatsächlich war Karl Kneschke als Bundessekretär unnachgiebig gegenüber »Kulturgenießern«.²⁰ Die hedonistische Lebenshaltung setzt ein Maß kultureller Freiheit voraus, das besaß Kneschke nicht. Sein Leben war von Ernst und Disziplin im gewerkschaftlichen und politischen Kampf geprägt, seine Emanzipation war zu mühsam erkämpft. Die Beschäftigung des Individuums mit sich selbst hielt er der Sache des Sozialismus für abträglich. Als Bundessekretär war Kneschke zuständig für den Feriendienst in Ahrenshoop, dem Badeort der Künstler und Intellektuellen der DDR. So musste er sich auch um die Beschwerden der Kulturbund-Mitglieder über Restriktionen gegen Freikörperkultur kümmern. Das Nacktbaden blieb ihm fremd, aus den Böhmisches Wäldern hatte ihn kein Pfad zum FKK-Strand geführt. Wohl aber bezog er von dort den Impuls, sich mit den Natur- und Heimatfreunden für die Ausarbeitung eines neuen Naturschutzgesetzes zu engagieren. Kneschkes Toleranz reichte soweit zu konzedieren, ein Jeder solle nach seiner Fassung glücklich werden, möge sich für Volksgesundheit oder Kleinschreibung einsetzen. Aber intellektuelle Salons oder eine Arbeitsgemeinschaft Tanz wollte er im Kulturbund nicht dulden. Das Sichverlieren im Tanz, die Amerikanisierung der Kultur im Westen Deutschlands waren Kneschke nur suspekt.²¹ Den neuen Menschen sah er auf sozialistischem Grund wachsen und nicht aus lebensreformerischen Zirkeln, wie Herwarth Burger aus Plauen einen vorgeschlagen hatte.

Kneschkes Beharren auf dem politischen Nutzen von Kulturarbeit ist als ein Akt der kulturellen Selbstbehauptung zu begreifen. An Arnold Zweig war es, den gesellschaftlichen Preis dafür zu benennen. Der Schriftsteller war nach dem Exil in Palästina in die DDR gekommen, Johannes R. Becher hatte ihn als Ehrenmitglied in den Präsidialrat geholt. Als der Kongress des Kulturbundes im Februar 1954 seine Schlussfolgerungen aus der Revolte des 17. Juni diskutierte, nahm Zweig das Wort. Ihm war aufgefallen, dass der Gesellschaft sogar Begriffe abhanden gekommen waren, ein Begriff wie Muße, »die unsereinem, als wir aufwuchsen, selbstverständlich« war. Er beklagte die Macht, die Organisationen vor allem in kleineren Orten über Menschen hätten, und mahnte, der Kulturbund müsse die jungen Leute »vor den Beschädigungen des gesellschaftlichen Apparates schützen«. Denn der Mensch müsse »spazieren gehen [...], um Gedanken zu fassen, [müßel] imstande sein, sich allein einzuschließen

oder isoliert auf eine Bank zu setzen und etwas zu lesen, ohne daß das zu einer Instruktion wird«. Der Mensch dürfe sich nicht ständig rechtfertigen müssen, ob sein Tun »in Übereinstimmung mit irgendeiner Verpflichtung geschieht, die in die Grundlagen der DDR eingegangen ist«.²²

Bei Zweigs Rede muss Karl Kneschke sich daran erinnert haben, wie ihm in jenem Frühjahr 1953, in dem Unmut und Empörung über das SED-Regime in der Bevölkerung gärten, aus den Reihen seiner Natur- und Heimatfreunde offener Widerstand entgegengeschlagen war. Ein Instrukteur hatte die Bautzener Natur- und Heimatfreunde überprüft und befunden, »sie pflegen nur reine ästhetische Naturschwärmerei«, ihre Wanderungen hätten »keinerlei positiven Inhalt«.²³ Der Befund schüchterte den Leiter der Arbeitsgemeinschaft Walter Würsing keineswegs ein: Ja, die Natur- und Heimatfreunde wollten auch nichts anderes als Natur- und Heimatfreunde sein. Sie wollten sich in ihren wenigen freien Stunden nicht noch mit Problemen befassen, sondern wandern und sich an der Natur erbauen. »Unser Arbeitsgeist gilt der Erfüllung der Pläne und der Senkung der Selbstkosten«, und drum suchten die Heimatfreunde sonntags »Erholung und Kraft für das Schaffen der kommenden Woche«.²⁴ Schon dem Instrukteur gegenüber hatte Würsing die Leitsätze der Natur- und Heimatfreunde kurz und bündig »als völlig überspannt« bezeichnet.²⁵

Aber derselbe Würsing hatte doch die Leitsätze mit beschlossen, nach denen die Natur- und Heimatfreunde die Entwicklungsgesetze in Natur und Gesellschaft studieren wollten, um »bewußt, überzeugt und freudig am Aufbau eines friedlichen Lebens«²⁶ mitzuarbeiten. Mehr noch, er hatte sogar dafür gesorgt, dass ein Wanderweg in der Lausitz nach Karl Kneschke als dem Begründer der Natur- und Heimatfreunde benannt wurde. Ein Fotoalbum erzählt vom Tag seiner Einweihung im September 1951, die Bildlegenden heben die »Friedensrede« des Bundessekretärs hervor und preisen die »Friedenslieder«, die die feierliche Gesellschaft gesungen.²⁷

Die Bautzener Wanderfreunde scherten sich also wenig um die Ideologien von Partei und Staat, gleichwohl beriefen sie sich darauf, um sich mit ihren Interessen und Bedürfnissen in den Strukturen des DDR-Sozialismus zu bewegen. Ja, sie benutzten die Losungen als Schild, um von Zumutungen nicht behelligt zu werden. Sie hielten das Banner der Planerfüllung hoch, um zu wandern. Die Leute wie die Funktionäre waren eingeschlossen in einem performativen Spiel, in dem die Machtverhältnisse ausgelotet, auf die Probe gestellt und gegebenenfalls neu ausgehandelt wurden.

Bund für die Intelligenz vs. massenkulturelle Freizeitorganisation. – Der Wanderer Würsing und der Funktionär Kneschke jedenfalls wechselten Briefe. Der eine verbat sich die Doppelzüngigkeit des anderen, die sei im Kulturbund nicht üblich. Der andere nutzte die Gelegenheit des aufgebrochenen Konflikts, um

sich offen gleich noch darüber zu beschweren, dass die Bundesleitung jetzt damit befasst sei, die Intelligenz besonders anzusprechen. Würsing spielte auf die Klubs der Intelligenz an, deren Gründung SED und Kulturbund nach der Revolte des 17. Juni betrieben, um auf die Bedürfnisse der Künstler und Intellektuellen einzugehen und sie dabei doch politisch im Zaum zu halten. Und er erinnerte Kneschke daran, dass die Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund schließlich in der Überzahl wären, und drohte, die gekränkten Wanderer liefen schon zum Touristenverband über. Kneschke wiederum bestand auf der naturwissenschaftlichen und historischen Betätigung der Natur- und Heimatfreunde, wird aber bald für deren größere organisatorische Eigenständigkeit plädieren. Kurz, das Dilemma des Kulturbundes, dass er ein Bund für die Intelligenz sein wollte und doch zugleich eine massenkulturelle Freizeitorganisation war, brach in der gesellschaftlichen Krise 1953 wieder auf. Klagen über den »elitären Herrenclub« von den einen, Dünkel gegenüber den »Tümpelgängern« von den anderen, die hatte es immer gegeben.²⁸ Der Knoten wurde jetzt von Mitgliedern wie Funktionären gleichermaßen geschürzt, aber nicht zum Platzen gebracht. Die Natur- und Heimatfreunde schienen die Bastion des Kulturbundes.

Und dann stand 1957 doch der ganze Kulturbund auf dem Spiel. Da war Kneschke nicht mehr Bundessekretär. Im Mai 1956 hatte er noch, gemeinsam mit dem Verband bildender Künstler und dem Institut für angewandte Kunst, eine Konferenz »Gegen den Kitsch in der Gebrauchsgegenstände- und Geschenkartikelproduktion« auf die Beine gestellt. Im Sommer dann schrieb er seinem Freund Louis Fürnberg, ihn plage seit Wochen unmotivierter Atemnot. Schwer zu glauben, dass er nicht wissen sollte, was sein Herz beschwerte. Im Februar hatte der XX. Parteitag der KPdSU das Schweigen über die Verbrechen Stalins gebrochen und die Gesellschaften des Ostblocks in Bewegung gebracht. Die auch in der DDR erwachenden Hoffnungen auf Liberalisierung und Reform des Sozialismus wurden durch die Ungarn-Krise im Herbst 1956 ernüchert, schließlich erstickt durch das repressive Vorgehen der SED gegen die Exponenten in den Reformdebatten. Die hatte man vor allem im Aufbau-Verlag ausgemacht, in der Wochenzeitung *Sonntag* und dem »Donnerstagkreis« in der Berliner Jägerstraße, also im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.

Dem Protokoll der SED-Parteigruppensitzung des Bundespräsidiums am 9. September 1957 merkt man die Bedrückung und Ratlosigkeit der Genossen an. Der kranke Karl Kneschke hatte seine Wortmeldung dem Gremium auf Papier zukommen lassen. Es war ein Plädoyer für die organisatorische Eigenständigkeit der Natur- und Heimatfreunde. Er erinnerte daran, wie per Verordnung die diversen Natur- und Gebirgs- und Verschönerungsvereine dem Kulturbund aufgeladen worden waren und wie »sich die Löwen und Adler unter den Kulturschaffenden« gewundert hatten, dass da nun »Nachtigallen, Zeisige, Eichhörnchen und auch mitunter Mäuse zwischen ihren Füßen herumhüpfen«.

In Kneschkes Genugtuung mischten sich Spott und wohl auch Bitterkeit. All die Jahre hätte es Klagen gegeben, die Natur- und Heimatfreunde würden die Entwicklung des Kulturbundes zu einer Organisation der Intelligenz hemmen. Auch kannte Kneschke die Wirtschaftsfunktionäre, die das »müßige Tun« der von ihrem Steckenpferd beherrschten Natur- und Heimatfreunde belächelten, weil sie nur »in Planziffern der Industrie, der Land- und Forstwirtschaft« dachten.²⁹ – Tatsächlich wurden die Laienforscher von ihrem Betrieb freigestellt, wenn sie ein Seminar oder eine wissenschaftliche Tagung besuchten. Ihr Engagement galt als gesellschaftliche Arbeit. Aber 1957 gab es offenbar den ernsthaften Versuch, den Kulturbund auf dem Wege über eine Finanzrevision aufzulösen.³⁰ Funktionäre aus dem Parteiapparat hatten ihre Gründe für solch Betreiben. Nicht nur kosteten die Natur- und Heimatfreunde Geld, sie kritisierten auch die Zerstörung der Natur durch die forcierte industrielle Entwicklung. Und sie waren politisch suspekt: Da gab es Heimatfreunde, die wollten die alten Kriegerdenkmale wieder herrichten, Philatelisten machten Geschäfte mit Hitler-Briefmarken. So auch ist Kneschkes Meinung zu erklären, die Arbeitsgemeinschaften bedürften bei organisatorischer Selbstständigkeit noch eine Weile der politischen Aufsicht. Natürlich machte er auch die Erfolge der Natur- und Heimatfreunde geltend. Gerade waren ihrer Einladung zu einer Tagung der Ornithologen rund 300 Laien und 80 Wissenschaftler aus der Sowjetunion, der CSR, Polen und Ungarn sowie der Schweiz, Österreich und Westdeutschland gefolgt. Die Wissenschaftler hätten die DDR um diese einzigartige Organisation beneidet, in der Laienforscher und Wissenschaftler zusammenarbeiten.

Auch die im Bundespräsidium SED-Mitglied waren, sie kamen nicht umhin, die »ersprießliche Arbeit« der Natur- und Heimatfreunde zu würdigen. Ein Hochschullehrer aus Jena meinte, man könne sie zweifellos »mit einer guten Durchsetzung« mit Genossen in die Selbstständigkeit entlassen. Aber die Sache sei äußerst diffizil, denn der Kulturbund hätte ohne sie wesentlich weniger Mitglieder und begebe sich in die Gefahr, »ein Verein von Intellektuellen zu werden«, was »der Fall Harich« ja gerade gezeigt habe. Insofern sei doch »die Ehe mit den Natur- und Heimatfreunden nicht gerade die schlechteste Ehe.«³¹ Es klingt ganz so, als fürchteten sich die SED-Intellektuellen, mit ihren dissidentischen Neigungen allein und schutzlos gegenüber der Politbürokratie dazustehen. Tatsächlich kreisten die Genossen auf ihrer Sitzung vor allem um die Klubs der Intelligenz. Alle hatten sie gewollt. Auch Präsident Becher hatte für diese Form der Begegnung plädiert, um dem spezifischen Bedürfnis von Wissenschaftlern und Künstlern nach geselligem Austausch Raum zu geben. Und die Klubs fanden Anklang, Stadt und Kulturbund konkurrierten nicht selten sogar um die Trägerschaft. Aber die Klubs brachten auch zutage: Die Wissenschaftler, die Techniker und Ärzte interessieren sich sehr für fachliche Fragen und nehmen ihre persönlichen Vorteile wahr, aber verhalten sich »der

politischen Entwicklung gegenüber oft passiv, neutral und abwartend.«³² Die in den Klubs kamen, suchten auch bürgerliche Distinktion und Prestige und waren zum wenigsten Freunde der DDR, geschweige der SED.

So sinnen die Genossen denn darüber, wie sie die führende Rolle der Partei in den Klubs durchsetzen und doch die Überparteilichkeit des Kulturbundes wahren. Ein Sinnen über die Quadratur des Kreises. Was aber die Natur- und Heimatfreunde anbelangte, waren sie sich darüber im Klaren, dass die ihr Eigenleben führten und den Kulturbund im Grunde nicht brauchten. Wohl aber brauchte der Kulturbund die Natur- und Heimatfreunde, um sich gesellschaftlich Geltung zu verschaffen. So votierten die Genossen auch gegen die organisatorische Eigenständigkeit der Natur- und Heimatfreunde. Sie sollten weiter das Gewicht für den Kulturbund liefern und die Bundesleitung mit den Klubs der Intelligenz dafür den gesellschaftlichen Sinn für das Ganze stiften. Selbst auf die Einrichtung von Kommissionen zur Vorbereitung des Bundestages verzichtete das Gremium, aus Furcht, da artikulierte sich zuerst und mit »elementarer Gewalt«³³ eine Kommission der Natur- und Heimatfreunde. Aus Furcht also, die einzelnen Interessengruppen könnten ihre speziellen Einsichten und Ansichten geltend machen, folgte man denn auch gerne der Maßgabe des für Ideologie zuständigen Politbüromitglieds Kurt Hager, der Kongress möge nicht einzelne Fragen thematisieren, sondern über »Die Aufgaben des Kulturbundes beim Aufbau des Sozialismus« beraten.

Der Bundestag im Februar 1958 manövrierte den Kulturbund schließlich auf Sozialismuskurs und benannte ihn um in Deutscher Kulturbund. Einen Zeitgenossen wie Victor Klemperer desillusionierte die damit verbundene Preisgabe der Überparteilichkeit, aber er blieb auch der scharfe Beobachter, der die Ambivalenzen der historischen Lage sah, in der sich Intellektuelle wie er mit der DDR befanden. Der Kulturbund könne sich nämlich nicht zurückziehen auf die Maxime Goethes, wonach nur der Betrachtende recht habe, »wir müssen handeln, wir sind mit unserer Überzeugung dem Westen gegenüber in *Notwehr*«.³⁴ Notwehr. Der Begriff verweist auf den deutschlandpolitischen Aspekt des Geschehens. Die DDR brauchte die Ideologie des Sozialismus zur historischen Legitimierung gegenüber dem anderen deutschen Staat, der ihr fortgesetzt die Existenzberechtigung absprach. Nicht zuletzt auch die Belagerung im Kalten Krieg sorgte für die Verfestigung des kulturpolitischen Dogmas der Unterordnung kultureller Interessen und Bedürfnisse unter die politischen Ziele des Staates.

Dennoch bleibt bemerkenswert, mit welchem Pragmatismus sich die SED-Mitglieder im Bundespräsidium für den organisatorischen Status quo entschieden und die sozialistische Ideologie darüberbreiteten. Es blieb bei dem Nebeneinander differenzierter Interessengruppen, die den Sinn in ihrem Interesse und Tun selbst fanden, jenseits von Ideologie und Sinnstiftung durch Partei und Staat.

Das breite Dach des Kulturbundes garantierte, dass er ein Freiraum für individuelle Interessen blieb. Denn sie waren ja freiwillig Mitglied, die Ortschronisten und Fotofreunde, die Aquarianer und Philatelisten, die Denkmalpfleger und Münzsammler, die Wanderer und Hobbyarchäologen, die Vogelschützer und die Rosenzüchter. Gegen eine organisatorische Selbständigkeit hatten auch sie sich mehrheitlich gewehrt. Nur zwei dieser Kulturbund-Mitglieder seien hier namhaft gemacht: Der passionierte Naturschützer Kurt Kretschmann in Bad Freienwalde machte die Eule zum Symbol für schützenswerte Bäume und Landschaft, er warb für die Pflege der alten Schlossparks und initiierte den Arbeitskreis Weißstörche. In Dresden gründete der junge B.K. Tragelehn im Kulturbund eine Arbeitsgemeinschaft Theater, wird zum Lehrgang nach Bad Saarow geschickt, wo er Hans Bunge kennenlernt. Der vermittelt ihm ein Gespräch mit Bertolt Brecht, und so wird Tragelehn Meisterschüler an der Akademie der Künste und passionierter Theatermann. Beider Männer Ruf wird weit über die DDR hinaus reichen.

Epilog. – Da war der 1959 früh verstorbene Karl Kneschke längst vergessen. Ein letztes Mal im Kulturbund öffentlich aufgetreten ist er wohl auf der Tagung »Für unsre sozialistische Heimat« im Juni 1958. Die sollte das schwierige Thema Heimat im DDR-Sozialismus verorten. Die Versuche zu definieren, was Heimat denn sei, wie auch das Hauptreferat bemühten sich um eine sozial-räumliche Begründung von Heimat. In der kamen die Bäume und Wälder und Wiesen, Flora und Fauna nicht vor. Natur fand Erwähnung nur als die von kapitalistischem Raubbau gezeichnete. Kneschke wandte sich gegen eine voreilige, ideologische Definition von Heimat. Er ermunterte die Natur- und Heimatfreunde statt dessen, sie sollten sich die Heimat erwandern, wie er dies in seiner Jugend getan. Die sozialdemokratische Arbeiterjugendbewegung hatte vor dem Ersten Weltkrieg ihre Mitglieder auf das »soziale Wandern« orientiert. Sie sollten ihre Wanderungen am Sonntag mit dem Erkunden der sozialen Wirklichkeit außerhalb der Städte verbinden. Wieder beharrte Kneschke auf der aufklärerischen Praxis der Natur- und Heimatfreunde. Dessen ungeachtet blieb die auf der Tagung deutlich gewordene Dichotomie von Natur und sozialistischer Heimatideologie symptomatisch für das Auseinanderfallen von Ideologie und interessegeleiteter Praxis im Kulturbund.

Und der Dr. Burger? Das Kulturbundmitglied Herwarth Burger gerät uns nicht von Ungefähr im Krisenjahr 1957 wieder in den Blick, also in der Zeit, als hier und da im Kulturbund die strukturelle Ausdifferenzierung der Interessengebiete erwogen wurde. Da entwarf etwa Kurt Kretschmann das Konzept für einen Sozialistischen Naturpflegeverband; wobei auch der lebensreformerisch geprägte Kommunist sich vorstellte, die Leitungsgremien müssten zu 60% mit SED-Mitgliedern besetzt werden, um die führende Rolle der Partei zu wahren.

ren.³⁵ In Halle waren Kulturbundmitglieder drauf und dran, einen Verband für Volksgesundheit zu gründen. Und da ist Burger mit dabei. Seit 1952 leitete er das Landambulatorium Lobenstein in Thüringen, hielt Sprechstunden in Betrieben und wurde schließlich 1955 auch noch Chefarzt des Moorbades Lobenstein. Nach dem Schock des 17. Juni 53 ließ die SED das Kurwesen ausbauen, brauchte also dringend Ärzte für Physiotherapie wie Burger einer war. Die Patienten schätzten ihn, das Ministerium für Gesundheitswesen in Berlin hatte ihn in einen Ausschuss für Reformhäuser berufen. Mediziner-Kollegen wiederum beargwöhnten Burger, sein »Mesmerismus« war ihnen suspekt. Die Gesundheitsbehörde verlangte, der Arzt möge fragwürdige Heilpraktiken unterlassen.³⁶ Die fünfziger und sechziger Jahre waren eine auch in der Medizin auf den wissenschaftlichen Fortschritt vertrauende Zeit. Aber Burger hielt nicht nur an seinen Überzeugungen fest, sondern auch die Verbindung zu Gleichgesinnten. Gerade in Thüringen und Sachsen-Anhalt wirkten noch die Traditionen der Naturheilkunde und der Homöopathie fort, hatten sich mancherorts ihre Anhänger als Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitspolitik im Kulturbund organisiert. In Halle gab es ein Aktiv »Für gesunde Lebensführung«, das suchte Unterstützung für die Gründung eines Verbandes für Volksgesundheit und fand sie in der ganzen Republik, bei Ärzten, aber auch bei Mitarbeitern des Ministeriums für Gesundheitswesen. Mit dabei war auch Else Wolf, Witwe des Dramatikers und Naturheilarztes Friedrich Wolf. Die Initiatoren warben mit dem Kommunisten, dessen Wirken als Lebensreformer in Vergessenheit geraten war, und beriefen sich auf den gemeinsamen humanistischen Ursprung von Sozialismus und Lebensreform. Reformhäuser unterstützten im Frühjahr 1957 die Gründung mit einer Ausstellung in Halle. In ihrem Rahmen warb eine Vortragsreihe »Um gegenwartsnahe Lebensreform«, mit dabei Chefarzt Dr. Herwarth Burger mit einem Vortrag über »Zivilisation und Gesundheit«.

Die maßgeblichen Instanzen wandten sich gegen die Gründung eines Verbandes für Volksgesundheit. Im Innenministerium sorgte man sich vor der Unzufriedenheit der Bevölkerung, wenn der Verband eine gesunde Ernährung propagiert, der Staat aber wachsende Bedürfnisse nach Honig und Nüssen, Obst und Milch nicht befriedigen könne. Das Gesundheitsministerium wiederum pochte darauf, dass Gesundheitspolitik eine staatliche Angelegenheit sei und forderte die Gründungsaktivisten auf, doch in den Gesundheitsaktiven des Deutschen Roten Kreuzes mitzuarbeiten. So hält Dr. Burger seine Vorträge über gesunde Lebensweise dann eben beim Lobensteiner Roten Kreuz und schreibt im »Oberland Echo« über die heilende Wirkung von Beeren und Kräutern.

Die berufliche Entwicklung des Herwarth Burger aber bekam schließlich noch eine komische Pointe. Das Satire-Magazin *Eulenspiegel* druckte im Dezember 1965 Auszüge aus einem Bericht, den das Sanatorium Lobenstein einem Kurgast aus Berlin mitgegeben hatte: »Obiger Patient wurde hier zu

einer gesunden Lebensweise mit dem Ziel eines Menschen, allseitig gebildet, charakterfest und durch und durch gestählt – eines sozialistischen Menschen, praktisch und theoretisch erzogen«. Und der behandelnde Arzt am Heimatort wird gebeten, seinem Patienten »wöchentlich einmal Sauna, Dauer 10 Wochen, einmal Massage, Dauer 8 Wochen, 12 Höhensonnen im Frühjahr und Herbst« zu verabfolgen.

Der Kurbericht, den Burger rationalisierend als Formular hatte drucken lassen, spiegelt nicht nur die Anpassung des staatlichen Leiters an die sozialistischen Floskeln. Schöner noch, ungewollt wirft er den Verwaltern sozialistischer Ideologie und Praxis ihr Bild zurück. Das beflügelte den Satiriker des *Eulenspiegel* Hans Georg Stengel denn auch zu Versen:

»Gebildet und gestählt wie nie zuvor/ entsteigst du, Mensch, dem Lobensteiner Pfuhe./ dem sozialistisch präparierten Moor./ wie einer richtigen Parteihochschule.// Nicht nur dein Körper ist enorm gestählt./ auch dein Charakter hat Profil gewonnen./ Und was dir sonst noch an Erleuchtung fehlt./ bewirken vierundzwanzig Höhensonnen.// Ja, Lobensteiner Moor ist fabelhaft/ für schwankende Kollegen und Genossen./ Wo eine Lücke im Bewußtsein klafft./ wird sie durch Lobensteiner Moor geschlossen.// So schreiten wir voran ...«

Die Mitarbeiter im Referat Kur- und Bäderwesen des Rates des Bezirkes Gera hatten sich denn auch im Spiegel erkannt. Sie riefen Dr. Burger im Januar 1966 zur Aussprache und verwiesen ihm die sozialistische Ideologie. Vier Wochen Kuraufenthalt würden »niemanden zum sozialistischen Menschen entwickeln«, dies könne »nur durch die Gesellschaft insgesamt in einem langwierigen Prozeß geschehen«. Laut Protokoll erkenne Burger an, »daß seine Meinungsäußerungen, ebenso wie seine fachliche Arbeit ohne jede Änderung auch in kapitalistischen Staaten stattfinden könnten«. Er möge künftig als staatlicher Leiter jede »weltanschauliche Verbrämung vermeiden« und ansonsten seinen Kurgästen allenfalls Empfehlungen zur Nachbehandlung mitgeben.³⁷

Diese Geschichte wird hier indessen nicht zur Erbauung festgehalten. Vielmehr erzählt sie davon, wie sich die Gesellschaft in ihrer alltäglichen Praxis der sozialistischen Ideologien entledigte, bis dass sie schließlich die staatliche Ordnung sprengte. Dies lässt sich genau so mit dem Kulturbund skizzieren. Es gibt ein bemerkenswertes Papier der Bezirksleitung Erfurt »Zur Situation der Natur- und Heimatfreunde« 1958, also aus der Zeit, in der der Kulturbund versuchte, die differenzierten Interessensfelder seiner Mitglieder neu zu strukturieren. Es bestätigt einmal mehr das Eigenleben der Fachgruppen und wie die sich jeweils gesellschaftlich nützlich machten, die Ornithologen etwa bei der Bekämpfung der Elsterplage oder die Entomologen bei der Schädlingsbekämpfung. Die Natur- und Heimatfreunde beteiligten sich auch am Wettbewerb um »Das schöne sozialistische Dorf«. Das taten sie wie andere Bürger auch, fühlten sich dabei aber mit ihren speziellen wissenschaftlichen Interessen meist un-

terfordert. Das heißt, die Natur- und Heimatfreunde hatten einen entschieden professionellen Ehrgeiz und suchten sich darum ihre Betätigungsfelder auch selber. Beispielsweise habe sich der Fachausschuss Museum zu einem Aktiv beim Rat des Bezirkes entwickelt. Dafür bedürften seine Mitglieder nicht mehr der Anleitung durch wieder eine übergeordnete Kommission im Kulturbund, sondern könnten sich ohne Umwege gesellschaftlich nützlich machen, so die Analyse. Die Bezirksleitung hielt es sogar für denkbar, dass künftig viele Natur- und Heimatfreunde Aufnahme bei den wissenschaftlichen Gesellschaften finden könnten – bei der Historikergesellschaft, der Botanischen Gesellschaft oder die Volkskundler beim Zentralhaus für Volkskunst, die Denkmalpfleger am Institut für Denkmalpflege. Die Ehrenamtlichen könnten ihren Sachverstand in staatlichen Institutionen und den Fachgesellschaften der Wissenschaftler mit einbringen.

Tatsächlich ging die Entwicklung der Natur- und Heimatfreunde in diese Richtung. Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre wurden im Kulturbund die Gesellschaft für Natur und Umwelt, die Gesellschaft für Heimatgeschichte und die Gesellschaft für Denkmalpflege gegründet. Nicht nur Natur- und Heimatfreunde erwarben sich da gesellschaftliches Ansehen, auch die Wissenschaftler fanden in der gemeinsamen Arbeit mit den Laienforschern Anerkennung und Bestätigung, vergewisserten sich der gesellschaftlichen Nützlichkeit ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Endlich entfaltete sich über diese Differenzierung der kulturellen Interessen und Wirkungsfelder auch deren subversives Potential. Legende sind die Brodowiner Gespräche, zu denen sich seit 1981 Naturschützer mit Schriftstellern und Künstlern trafen. Mit initiiert hatte sie Reimar Gilsenbach, in den fünfziger Jahren unter der Ägide von Karl Kneschke verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift *Natur und Heimat*. Und selbst wenn vielleicht die meisten der Natur- und Heimatfreunde nur ihrem Hobby nachgehen und ansonsten mit Politik nicht behelligt werden wollten – wenn sie sich um die Kartierung von Tieren und Pflanzen kümmerten oder um den Schutz von Wiesen und Wäldern, wenn sie vor der Zerstörung von Landschaft durch den Braunkohleabbau warnten, waren sie doch hoch politisch. So musste auch aus dem Bemühen, Umwelt und Lebensgrundlagen der Menschen zu bewahren, die oppositionelle Bewegung in der DDR wachsen. Selbst wenn die Staatssicherheit immer im Bilde war über die oppositionellen Kreise in Arbeitsgemeinschaften, in Kulturbund-Galerien oder den Klubs der Intelligenz, es änderte nichts an deren letztendlich grundstürzendem Wirken.

Genau genommen erfüllte sich so Karl Kneschkes Vorstellung von Mitsprache und gemeinsamen Tun in einer Gesellschaft der Gleichen, wenn er sich den Ausgang auch so nicht vorgestellt hat. Als im Oktober 1947 in Schwerin Delegierte des Mecklenburgischen Landesverbandes über die Strukturen ihrer Arbeit berieten, lag offen, dass die Wirkungsgruppen, wie sie sich anfänglich nannten,

im Grunde Berufsorganisation und Fachverband, Freizeit- und Interessengemeinschaft zugleich waren. Und der Schriftsteller Ehm Welk bemerkte, dies solle auch so sein. Auf einem jeweiligem Gebiet sollten »beruflich Schaffende [...] den Kern« bilden, um den sich alle Interessierten zu Unterhaltung und Aneignung von Kenntnissen und zu gemeinsamer Arbeit sammeln.³⁸ Der Kulturbund war schließlich gegen Ende der DDR zu seinen Anfängen zurück gekehrt, zu seinem Anspruch auf eine demokratische Erneuerung Deutschlands.

Anmerkungen

- 1 Die Befunde zu Karl Kneschke und dem Kulturbund stützen sich, soweit nicht anders belegt, auf die Archivalien des Kulturbundes in der Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (= SAPMO, BArch), DY 27. Und im Folgenden DY 27/479.
- 2 Die Akten legen nahe, dass Burger von einem Arzt-Kollegen denunziert wurde. Die Entnazifizierungskommissionen wurden nicht selten als Instrument benutzt, um alte Rechnungen zu begleichen oder das Vermögen von Bürgern einzuziehen. – Kriminalamt Zwickau, Akte Herwarth Burger, Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, ZA VI 1665 Akte 9; Entnazifizierungskommission Kreisstadt Plauen, Protokoll über die Verhandlung des Angeschuldigten, 1.3.1948, ebd., ZE 45524. – Andreas Krone beschreibt das linksradikale, auch willkürliche Agieren der Plauener Kommission, sodass die Sowjetische Militäradministration sich gezwungen sah, diese aufzulösen: ders., *Plauen 1945-1949 - Vom Dritten Reich zum Sozialismus. Entnazifizierung und personell-struktureller Umbau in kommunaler Verwaltung, Wirtschaft und Bildungswesen*, Chemnitz 2001, 163ff.
- 3 Wolfgang Schivelbusch, *Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948*, Wien 1995, 129; vgl. die Rückschau eines Protagonisten des Kulturbundes, Günter Wirth, *Der historische Ort des Kulturbundes (1945-1989)*, in: Siegfried Prokop, Dieter Zänker, *Verlorene Träume. Zum 60. Jahrestag der Gründung des Kulturbundes*, Berlin 2007, 17ff.
- 4 *Manifest des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*, Berlin 1945, 9.
- 5 Sitzung des Präsidialrates am 29. April 1946, DY 27/908.
- 6 Zitiert bei Thomas Schaarschmidt, *Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimatpropaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR*, Köln-Weimar-Berlin 2004, 360.
- 7 Kurt Stern, *Tagebuch Herbst 1946*, in: Sinn und Form, 59(2007)5, 614.
- 8 Anton Ackermann hatte den Entwurf des Zentralsekretariats der SED für die Verordnung am 21. Oktober 1948 an Johannes R. Becher gesandt. Er belegt die Befürchtung, die Kulturvereine könnten ohne Kontrolle »leicht verflachen und in die Bahnen des üblen KdF-Rummels abgleiten«, Archiv Johannes R. Becher, Akademie der Künste Berlin, 13093.
- 9 *Von der Liebe zur deutschen Heimat. Bericht von der Konferenz der Natur- und Heimatfreunde*, Bautzen 21./22. März 1950, 2.
- 10 Protokoll I. Zentrale Konferenz der Natur- und Heimatfreunde, Dresden 11./12.11.1950, DY 27/378.
- 11 Ebd.

- 12 DY 27/480. Aus Kneschkes Notiz von 1946 zur Selbstverständigung und Vorbereitung auf seine Rolle als Landessekretär sei so ausführlich zitiert, weil er z.B. von einem Zeitgenossen wie Klemperer gelegentlich als intelligenzfeindlich charakterisiert wird, ein Missverständnis, das von der kulturellen Fremdheit der politisch Gleichgesinnten zeugt. Ja, Kneschke hatte auch Ressentiments gegen Intellektuelle; die Notiz erhellt deren Grund.
- 13 Victor Klemperer, *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1949*, Berlin 1999, 194.
- 14 Kreisleitung Plauen an Karl Kneschke, 1. Juni 1951, DY 27/479.
- 15 Karl Kneschke an Herwarth Burger, 6. Juni 1951, DY 27/479.
- 16 *Vom III. zum IV. Bundestag. Tätigkeitsbericht des Bundessekretariats des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands für die Jahre 1951-1953*, Berlin lo.J.I., 51.
- 17 Detlef Pollack, *Wie modern war die DDR?*, in: Hans Günter Hockerts (Hg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, 194.
- 18 Entwurf für Ausführungsbestimmungen zur Verordnung der DWK zur Überführung der Kulturvereine in den Kulturbund, ZK der SED, Abt. Kultur, DY 30/IV2/9.06/140, Bl. 22-24.
- 19 Entwurf für eine Beschlussvorlage der Landesleitung des Kulturbundes Sachsen, DY 27/481.
- 20 Karl Kneschke, Manuskript zur Vorbereitung der Landesdelegiertenkonferenzen, 18.4.1951, DY 27/1898.
- 21 Bei Dieter Schiller ist über Kneschkes verbale Ausfälle gegen »amerikanische Unkultur« zu lesen, die im Kontext der Formalismus-Debatte zu betrachten wären: ders., *Überparteilich, nicht neutral. Fragmente zur politischen Geschichte des »Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands«*, Berlin 2009, 64; Schiller stützt sich bei seinen Fragmenten ausschließlich auf Quellen des ZK der SED, d.h. er verharrt auf der Ebene von Berichten und Anweisungen der Partei und muss so zwangsläufig zu Fehlurteilen über die Kulturorganisation kommen. Sein Verdikt über Kneschkes »kulturstalinistische Tiraden« (ebd., 97) erklärt ja nichts, sondern kehrt die Praxis ideologischer Anwürfe der SED-Funktionäre nur um. Ideologisch voreingenommen insinuiert Schiller sogar, Kneschke habe den Bundessekretär Klaus Gysi denunziert, als er sich im ZK über dessen Neigung zu Schaumschlägerei und allzu optimistischer Berichterstattung beschwerte (ebd., 77f); prüft man die Aktennotiz des Gesprächs, auf die Schiller sich beruft, ist es allerdings der protokollierende ZK-Mitarbeiter, der dies äußert und damit Kneschkes Klage nur bestätigen will, dass Gysi es nicht verstehe, kollektiv zu arbeiten. Das Gespräch fand Ende November 1950 statt, da ist Kneschke also ein halbes Jahr für Organisation zuständiger Bundessekretär und hat Erfahrungen und Probleme zu resümieren. Er beklagt sich auch darüber, dass Gysi ihn offensichtlich kontrollieren und überwachen lässt. Wir vermerken den ungunen Umgang der Genossen miteinander. Für unseren Zusammenhang sei noch erwähnt, dass Kneschke sich in dem Gespräch gegen Vorwürfe verteidigt, der Kulturbund gebe zu viel Geld für Blumen aus. Er gebe aber erhebliche Gelder für den Empfang ausländischer Delegationen und prominenter Künstler wie jüngst Alexander Nexös aus. Dies bestätigt nur unseren Befund, der Kulturbund war anfänglich vor allem auf die Demonstration des politischen Willens zu Frieden und Demokratie fokussiert, SAPMO, BArch, DY 30/IV 2/9.06, 13, Bl. 8f.
- 22 Sächsisches Tageblatt, 14.2.1954, in: Elimar Schubbe (Hg.), *Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED*, Stuttgart 1972, 342f.

- 23 Analyse der Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Natur- und Heimatfreunde, 8.4.1953, DY 27/2841.
- 24 Walter Würsing an Karl Kneschke, 25. Juni 1953, ebd.
- 25 Analyse der Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Natur- und Heimatfreunde, 8.4.1953, DY 27/2841.
- 26 *Leitsätze der Natur- und Heimatfreunde*, in: *Zehn Jahre Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*, Berlin 1955, 167.
- 27 DY 27/3486.
- 28 In Saalfeld beschimpfte der SED-Kreissekretär den Sekretär des Kulturbundes: »Ihr seid ein bürgerlicher faschistischer Herrenclub!« – Der Fluch lässt die komplizierte politische und soziale Wirklichkeit dieser frühen Jahre in der SBZ/ DDR nur ahnen, Schreiben des Bezirkssekretärs des Kulturbundes Gera an die Bundesleitung, 8.10.1952, DY 27/117; Tümpelgänger nennt Alexander Abusch die Natur- und Heimatfreunde auf der Sitzung des Präsidialrates, 15. Juli 1952, DY 27/915.
- 29 Karl Kneschke, *Mehr Raum den Natur- und Heimatfreunden*, DY 27/821.
- 30 Sitzungen des Bundessekretariats September 1957, DY 27/2006; Johannes R. Becher beklagte, wenn man den Kulturbund von allen qualifizierten Genossen »entblößt und dem schwerkranken Gen. Kneschke überläßt, wenn man alle drei oder vier Monate abzählt: soll der Kulturbund oder soll er nicht?, nämlich weiterleben [...], dann bedeutet das den Untergang einer Organisation«. Protokoll der 33. Tagung des ZK der SED, Oktober 1957, DY 30/ IV 2/1/186, 61.
- 31 Tagung der Parteigruppe des Präsidialrates, 9. September 1957, in: Magdalena Heider, Kerstin Thöns (Hg.), *SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbund-Protokolle*, Köln 1990, 82.
- 32 Ebd., 75.
- 33 Ebd., 103.
- 34 Klemperer, *Tagebuch 1950-1959*, 657.
- 35 *Vorschlag zur Gründung eines Sozialistischen Naturpflegeverbandes*, BArch, DK 1, 3754, Bl. 134 und 146-152.
- 36 Personalakte Herwarth Burger, Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Nr. 8624.
- 37 Ebd.
- 38 DY 27/1880.